



Pressedienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

DFW unterstützt Petition des „Fachverbandes Werte und Normen e.V.“

In seinen Grundsätzen spricht sich der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften ausdrücklich für eine allgemeine Einführung eines Schulfaches „Lebenskunde, Ethik, Religionen“ aus, in denen gerade die über die Philosophie hinausgehenden Fragen religiös-weltanschaulicher Natur und gesellschaftlich relevante Themen besprochen und unterrichtet werden. Schon 1997 in seinen Helenenauer Erklärung trat er ein für „Die Errichtung eines weltanschaulich-religiös neutralen und wertorientierten Pflichtfaches zu Fragen der Lebensgestaltung, Ethik, Religionen und Weltanschauungen an öffentlichen Schulen“.

Petition betr. Forderung nach Einhaltung der Rechtsvorschriften gemäß §128, Abs. 2 Niedersächsisches Schulgesetz durch das niedersächsische Kultusministerium, das Fach Werte und Normen betreffend, eingereicht durch den Fachverband Werte und Normen e.V.

Sehr geehrter Herr Dinkla,

der Fachverband Werte und Normen e.V. informierte uns über die von ihm eingereichte Petition, in der es um die Einhaltung der Rechtsvorschriften hinsichtlich des Faches Werte und Normen geht, vor allem um die Sicherstellung, dass auch künftig religionskundliche und gesellschaftswissenschaftliche Themen und Fragen in diesem Fach behandelt werden.

In seinen Grundsätzen spricht sich der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften ausdrücklich für eine allgemeine Einführung eines Schulfaches „Lebenskunde, Ethik, Religionen“ aus, in denen gerade die über die Philosophie hinausgehenden Fragen religiös-weltanschaulicher Natur und gesellschaftlich relevante Themen besprochen und unterrichtet werden. Schon 1997 in seinen Helenenauer Erklärung trat er ein für „Die Errichtung eines weltanschaulich-religiös neutralen und wertorientierten Pflichtfaches zu Fragen der Lebensgestaltung, Ethik, Religionen und Weltanschauungen an öffentlichen Schulen.“

Das Land Niedersachsen hat mit dem Fach Werte und Normen bisher ein solches Fach angeboten. Wie Erfahrungsberichte aus Bundesländern mit vergleichbaren Fächern zeigen, ist es gerade die breite thematische Fächerung und ein vielfältiges methodisches Angebot über eine verengte philosophische Diskussion von Fragen zur Lebensgestaltung hinaus, womit dieses Fach erfolgreich unterrichtet werden kann. In der heutigen Zeit, in denen Themen wie Integration und Wissen über Religionen heftig diskutiert werden, sind religionskundliche und gesellschaftliche Themen und Ansätze in einem solchen Fach unverzichtbar.

Daher unterstützen wir diese Petition des Fachverbandes Werte und Normen e.V. nachdrücklich.

Mit freundlichen Grüßen, Renate Bauer

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Leo Igwe in Bayreuth

Aberglaube und Esoterik sind weltweit noch sehr verbreitet. Die Internationale Humanistische und Ethische Union (IHEU) mit all ihren humanistischen Gruppierungen kämpft in vielen Ländern der Erde dagegen an. Der bisherige Repräsentant der IHEU für Westafrika, Leo Igwe, hat dort bereits sehr viel gegen Hexenglauben und zum Schutz von Kindern getan.

Derzeit ist Leo Igwe an der Universität Bayreuth zu Gast. Er arbeitet und forscht dort drei Jahre lang über Hexenverfolgungen in Afrika. Sein Anliegen ist es, diese Gelegenheit zu nutzen, um freigeistige/humanistische Gruppen und Verbände in Europa zu besuchen, die an seiner Arbeit interessiert sind. Auch über die Entwicklung des Humanismus in Afrika wird er gern berichten. Wer Interesse an der Organisation eines Vortrags hat und Leo Igwe einladen möchte, wende sich bitte an Renate Bauer über E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de

Ortrun E. Lenz

Delegiertenversammlung des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands

Vom 4. bis 6. November 2011 trafen sich die Vertreter der Mitgliedsgemeinschaften auf Einladung der Freireligiösen Landesgemeinschaft Hessen in Darmstadt zu ihrer Bundesversammlung. Am Freitagabend fand nach einem Empfang der Stadt Darmstadt in der Orangerie eine vorbereitende Präsidialsitzung im Haus Geistesfreiheit im Herdweg statt, das auch die nachfolgenden Veranstaltungsteile beherbergte.

Der Samstag stand zunächst ganz im Zeichen des Delegiertentreffens. Bei den Wahlen wurde die bewährte Führungsmannschaft in ihren Ämtern bestätigt. Präsident bleibt in seiner nunmehr fünften zweijährigen Amtsperiode Rainer Schrauth aus Mannheim. Siegward Dittmann aus Ludwigshafen wurde erneut zum Vizepräsidenten gewählt. Schatzmeister bleibt Joachim Koch aus Schwetzingen. Vertreter der Mitgliedsgemeinschaften im Präsidium sind Manfred Gilberg aus Darmstadt, Stefan Schrauth aus Mannheim und Richard Sickenberger aus Offenbach. In der Aussprache wurde dann eine konsensfähige Formulierung zum Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik diskutiert und gefunden. Der Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands fordert grundsätzlich die Trennung von Kirche und Staat. Solange diese noch nicht vollständig verwirklicht ist, verlangt er die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Ein gemeinsamer Besuch des Jugendstilzentrums auf der Mathildenhöhe mit einer interessanten Führung schloss sich der Versammlung an. Im Mittelpunkt der Abendveranstaltung stand eine Aufführung des ue-Theaters aus Regensburg mit seinen religionskritischen Stück „Solo für den Teufel“, das für diesen Rahmen geradezu wie geschaffen war und viel Anklang fand.

Zum Ausklang der Veranstaltung fand am Sonntagmorgen die Festveranstaltung unter dem Motto „Was hab' ich denn davon“ statt. Im Anschluss an die Grußworte der Stadt Darmstadt, des alten und neuen Präsidenten, der Präsidentin des Dachverbandes freier Weltanschauungsgemeinschaften und der Vorsitzenden der Freireligiösen Gemeinde Darmstadt beleuchtete der Landessprecher der Freireligiösen Landesgemeinschaft Hessen, Dr. Holger Behr, einige der zahlreichen Facetten des Themas.

Joachim Koch,

**Landessekretär der Freireligiösen Landesgemeinde Baden,
 Schatzmeister des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands**



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Geprüfte „Lebensqualität“ durch „Grünen Haken“ besiegelt

Altenheim der Freireligiösen in Mannheim ausgezeichnet

Das Karl-Weiss-Heim, Seniorenheim am Lauerschen Garten, darf sich nun offiziell „verbraucherfreundlich“ nennen. Träger des Heimes ist der Freireligiöse Wohlfahrtsverband Baden, Ortsverband Mannheim. Das Haus wird im Sinne einer gemeinnützigen Einrichtung geführt. Freiwillig hat sich die Einrichtung einer Begutachtung durch Gutachter der unabhängigen Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung (BIVA) e.V. gestellt und mehr als 80 Prozent der von der BIVA zugrunde gelegten Kriterien für Lebensqualität im Altenheim erfüllt.

Dafür wurde Einrichtungsleiterin Barbara Vonderschmitt am 17.09.2011 die Urkunde mit dem „Grünen Haken“ überreicht, auf die MitarbeiterInnen und BewohnerInnen sehr stolz sind. „Seit heute haben wir es schwarz auf weiß. Respektvoller Umgang, Selbstbestimmung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind für unsere Bewohner und Bewohnerinnen in unserer Einrichtung jederzeit gewährleistet“, freut sich Barbara Vonderschmitt. Dies wird nun besiegelt durch die Urkunde mit dem „Grünen Haken“.

Geprüft wurden 121 Kriterien, die die Kategorien Autonomie, Teilhabe und Menschenwürde umfassen. Das Begutachtungsverfahren wurde unter Berücksichtigung der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen von Experten des Instituts für Soziale Infrastruktur (ISIS) entwickelt. Dabei geht es vorrangig um die Erhaltung der Eigenständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, um die Achtung der Privatsphäre, um ihre Selbstbestimmung sowie den freundlichen, respektvollen Umgang mit ihnen.

„Die Detailergebnisse unserer Begutachtung findet jeder Interessierte im Internet unter www.heimverzeichnis.de. Für Angehörige, die ein Heim für ihre pflegebedürftigen Eltern oder Verwandten suchen, ist diese Datenbank eine wichtige erste Informationsquelle. Wir hoffen, dass dadurch mehr Suchende auf unsere Einrichtung, die Lebensqualität bietet, aufmerksam werden. Man erkennt das am 'grünen Haken' neben dem Namen unserer Einrichtung“, so Einrichtungsleiterin Barbara Vonderschmitt.

**Freireligiöser Wohlfahrtsverband Baden
 Ortsverband Mannheim**

Erweiterte Neuauflage: „Alle Jahre wieder ...“ ALV-Band 18

Christliches, Vorchristliches und Nachchristliches zu einer eingebürgerten Festzeit

Mit einem Anhang: Der Nazarener – zentral für Glauben, Wirken und Feiern?

Die Art und Weise, wie wir als Freigeister, als Freireligiöse, Unitarier, Humanisten und Freidenker Weihnachten feiern, hat etwas von einem Wiederholungsvorgang an sich. Es ist tief verwurzelt in uns, in unseren Familien. Weihnachten ist ein großes menschliches Ritual, das es aus christlicher Vereinnahmung zu befreien gilt. Weihnachten ist manchmal wie ein Brennglas, durch das verstärkt die Sehnsucht nach Aussöhnung der Gegensätze und nach Selbstbestimmung erscheint - also nach Frieden und Freiheit.

Hans-Dietrich Kahls Büchlein setzt hierzu erfreuliche Impulse, frei und undogmatisch über uns und unsere Feierkultur nachzudenken. Dabei sind seine weltanschaulichen, ethischen und religionskritischen Überlegungen - auch der interessante Anhang - ein bemerkenswertes Angebot zum Weiterdenken.

57 S., geh., ISBN 978-3-933037-85-5, € 5,70



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

„Kann Wahrheit schaden?“

Die Suche nach der Wahrheit bestimmt die Diskussionen der Wissenschaften, die Untersuchungen der Polizei und der Gerichte, und nicht zuletzt die Religionen und Weltanschauungen.

Sie bestimmt auch die Beziehungen zwischen Menschen, wo auch immer wieder Wahrheit gefordert wird. Aber was sollen wir uns darunter vorstellen? Und kann nicht Wahrheit schaden in vielfältiger Hinsicht?

Zu diesem Thema spricht Landessprecherin Renate Bauer, und zwar am Sonntag, 15. Januar 2012, um 10.00 Uhr in Neustadt/Weinstraße, GDA-Wohnstift, Haardter Straße 6.

Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz

„Abschied wagen und Leben neu beginnen“

Sie haben einen nahen Menschen verloren, Partner, Kind, Freund, weitere Angehörige? Und Sie kommen sich immer noch verloren und verlassen vor, fühlen sich einsam?

Sie können immer noch nur schwer darüber sprechen oder müssen ständig vom Verlust reden und merken, dass Sie andere damit langweilen? Sie fühlen sich überfordert und unfähig, den Alltag zu ertragen? Dann nehmen Sie sich die Zeit für ein Trauerseminar, das von Renate Bauer, Diplom-Psychologin, geleitet wird. Für Mitglieder ist die Teilnahme frei, der Unkostenbeitrag für Nichtmitglieder beträgt 60,- €. Verbindliche Anmeldungen bitte per Telefon: 0621 512582 oder E-Mail: pfalz@freireligioese.de bis zum 23. Januar 2012. Die Veranstaltungsreihe beginnt am Dienstag, 31. Januar 2012, um 18.00 Uhr (6 Abende), in Ludwigshafen, Johannes-Ronge-Haus, Wörthstraße 6a.

Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz

DFW-Seminar im Januar 2012

„Säkularismus und Weltbürgerlichkeit“

Wie gelingt die Integration unterschiedlicher Kulturen im globalen Dorf in Achtung vor den Unterschieden und im Wissen, eine gemeinsame Welt dabei zu teilen?

Wir laden Sie herzlich zum Seminar „Säkularismus und Weltbürgerlichkeit“ ein, und zwar vom 27.-29. Januar 2012 in die Frankenakademie Schloss Schney in Lichtenfels. Auf dem Programm stehen u.a. folgende Vorträge: Eike Möller: Weltbürgerliche Erziehung; Elzelien van der Steen: European Parliament Platform for Secularism in Politics (Übersetzung wird vorbereitet); Stephan Mögle-Stadel: Unterrichtsprojekte zum Thema Weltbürgerlichkeit; Hans Göttel: Der kosmopolitische Blick und das globale Lernen; Peter Kriesel: Umsetzung im Rahmen des Fachverbandes Ethik. Außerdem wird es Arbeitsgruppen geben. Unsere These ist: Mit Säkularismus in der Politik, wenn der Staat neutral gegenüber Religionen und Weltanschauungen eingestellt ist und handelt, ist diese Voraussetzung für die Menschenrechte am besten zu verwirklichen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie diese Voraussetzungen in der Erziehung viel stärker bewusst gemacht und verankert werden.

Anmeldung bitte schriftlich an: Horst Prem, Prinz-Otto-Str. 9, 85521 Ottobrunn, Tel. 089/6096255 Fax 089/6090177, horst.prem@gmx.net, erbeten bis 12. Januar 2012. Seminarkosten inkl. Logis und Verpflegung pro Person zwischen 105 und 140 Euro, je nach Art der Unterbringung.

Renate Bauer und Horst Prem



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Gemeinsame Erklärung zum sechsjährigen Bestehen der EG-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung:

Die vom Europäischen Parlament am 14. Dezember 2005 beschlossene Richtlinie 2006/24 zur Vorratsdatenspeicherung verpflichtet jeden EU-Mitgliedsstaat, Telekommunikationsgesellschaften Informationen über die Verbindungen ihrer sämtlichen Kunden aufzeichnen zu lassen. Zur Erleichterung etwaiger strafrechtlicher Ermittlungen soll nachvollziehbar sein, wer mit wem in den letzten 6-24 Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden hat. Bei Handy-Telefonaten, SMS und Smartphone-Nutzung muss auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten werden. Die Vorratsspeicherung von Internetkennungen (IP-Adressen) soll in Verbindung mit anderen Informationen zudem nachvollziehbar machen, wer was im Internet gelesen, gesucht oder geschrieben hat.

Eine derart weitreichende Registrierung des Verhaltens der Menschen in ganz Europa halten wir für inakzeptabel. Ohne jeden Verdacht einer Straftat sollen sensible Informationen über die sozialen Beziehungen (einschließlich Geschäftsbeziehungen), die Bewegungen und die individuelle Lebenssituation (z.B. Kontakte mit Ärzten, Rechtsanwälten, Psychologen, Beratungsstellen) von über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der EU gesammelt werden. Damit höhlt eine Vorratsdatenspeicherung Anwalts-, Arzt-, Seelsorge-, Beratungs- und andere Berufsgeheimnisse aus und begünstigt Datenpannen und -missbrauch. Sie untergräbt den Schutz journalistischer Quellen und beschädigt damit die Pressefreiheit im Kern. Sie beeinträchtigt insgesamt die Funktionsbedingungen unseres freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens. Die enormen Kosten einer Vorratsdatenspeicherung sind ohne Erstattungsregelung von den europäischen Telekommunikationsunternehmen zu tragen. Dies zieht Preiserhöhungen nach sich, führt zur Einstellung von Angeboten und belastet mittelbar auch die Verbraucher.

Untersuchungen belegen, dass bereits die gegenwärtig verfügbaren Kommunikationsdaten ganz regelmäßig zur effektiven Aufklärung von Straftaten ausreichen. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass eine Vorratsdatenspeicherung besser vor Kriminalität schützt. Dagegen kostet sie Millionen von Euro, gefährdet die Privatsphäre Unschuldiger, beeinträchtigt vertrauliche Kommunikation und ebnet den Weg in eine immer weiter reichende Massenansammlung von Informationen über die gesamte europäische Bevölkerung.

In Deutschland wurde die gesetzliche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung im März 2010 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig und nichtig erklärt, da sie unverhältnismäßig weit in das Grundrecht auf Schutz des Telekommunikationsgeheimnisses eingriff. Rechtsexperten erwarten, dass auch die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vor dem Europäischen Gerichtshof keinen Bestand haben wird, weil sie gegen die europäischen Grund- und Menschenrechte verstößt. Nichtsdestotrotz will die EU-Kommission eine neuerliche Umsetzung dieser Richtlinie in Deutschland im Wege eines Vertragsverletzungsverfahrens erzwingen.

Als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, der Medien, der freien Berufe und der Wirtschaft lehnen wir eine flächendeckende und verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung geschlossen ab. Wir appellieren an die in Deutschland politisch Verantwortlichen,

* keinerlei verdachtslose Vorratsspeicherung von Informationen über jedes Telefonat, jede SMS, jede E-Mail oder jede Internetverbindung wieder anzuordnen,

* die Abweichung Deutschlands von der EU-Richtlinie 2006/24 zur Vorratsdatenspeicherung von der EU-Kommission genehmigen zu lassen und nötigenfalls die Genehmigung einzuklagen,

* die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über die Gültigkeit dieser Richtlinie und über den Genehmigungsantrag nicht umzusetzen, selbst wenn der Gerichtshof gegebenenfalls eine Geldbuße gegen Deutschland verhängen könnte,

* sich für eine Aufhebung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und für ein europaweites Verbot jeder verdachtslosen Vorratsspeicherung von Verbindungsdaten einzusetzen.

Nico Rück Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung - nico@vorratsdatenspeicherung.de - www.vorratsdatenspeicherung.de, www.freiheitstattangst.de



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

„Ein wahrer Humanist“

Bürgermedaille für den Freireligiösen Willi Steinbacher

Für sein ehrenamtliches Engagement wurde am Sonntag, 4.12., Willi Steinbacher, der ehemalige Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde Neu-Isenburg, von der Stadt geehrt. Bürgermeister Herbert Hunkel persönlich überreichte ihm während der Weihnachtsfeier in der Geschäftsstelle der Freireligiösen Gemeinde die Bürgermedaille. In seiner langen Laudatio hob er Willi Steinbachers aktiven Einsatz nicht nur für die Freireligiöse Gemeinde, sondern u.a. auch für die Seniorenarbeit hervor. So hat er beispielsweise für das städtische "Quartier IV" und im Rahmen der von ihm gegründeten Berner-Wirsing-Stiftung der Freireligiösen Gemeinde durch seine jahrzehntelangen Aktivitäten viel Gutes für ältere und bedürftige Mitbürger erwirkt.

In seiner Ansprache zitierte Bgm. Hunkel u.a. auch Gemeindevorsteherin Ortrun Lenz, die im Namen des Vorstandes der Freireligiösen Gemeinde die Verleihung der Bürgermedaille vorgeschlagen hatte: "Willi Steinbacher ist seit 46 Jahren nicht nur ein fleißiger ehrenamtlicher Mitarbeiter im Vorstand der Freireligiösen Gemeinde Neu-Isenburg, im Vorstand der Freireligiösen Berner-Wirsing-Stiftung und im Quartier IV, sondern vor allem auch ein wahrer, aufrechter Humanist und Menschenfreund, der sich immer aktiv für seine Mitmenschen eingesetzt hat und bis heute engagiert und rührig am gesellschaftlichen Leben in Neu-Isenburg teilnimmt." Der Magistrat der Stadt hat dies genauso gesehen und darum der Bitte um Verleihung der Bürgermedaille für Willi Steinbacher sofort zugestimmt.

Willi Steinbacher, dem zu seinem 80. Geburtstag bereits die Ehrenmitgliedschaft der Freireligiösen Gemeinde Neu-Isenburg zugesprochen worden war, zeigte sich gerührt. "Das habe ich nicht erwartet", sagte er, "ich freue mich sehr und bedanke mich ganz herzlich." Er bedankte sich auch bei seiner Frau Emilie, die ihm in all den Jahren des ehrenamtlichen Engagements stets zur Seite stand. Auch Bgm. Hunkel überreichte Frau Steinbacher Blumen mit den Worten: "Hinter jedem starken Mann steht eine starke Frau!" Ortrun Lenz überreichte Willi Steinbacher ebenfalls einen großen Blumenstrauß und gratulierte im Namen der Gemeinde. In seiner Laudatio hatte Herbert Hunkel u.a. erwähnt, dass der Magistrat sich über das Engagement der Freireligiösen Gemeinde in der Stadt freut, beispielsweise während des Weltkindertages, an dem sich die Jugendgruppe mittlerweile seit Jahren tatkräftig beteiligt. Die tolerante und offene Einstellung der freigeistigen Gemeinschaft wird insgesamt wohlwollend zur Kenntnis genommen und honoriert, worüber die Gemeinde sich sehr freut.

Ortrun E. Lenz

NEUERSCHEINUNG: DFW-Heft 26:

Kann Gewalt zum Frieden führen? Konfliktlösungen im 21. Jahrhundert

Wie sieht eine zukunftsgerichtete Friedenspolitik aus? Treiben uns die Dogmen unserer Wirtschaftspolitik in einen unausweichlichen Konflikt? Welche Rolle hat die Bundeswehr zu übernehmen? Und was können und sollen Humanisten tun, wie können sie zur Stärkung des Friedens und eines konstruktiven Zusammenlebens beitragen?

Aus dem Inhalt: Horst Prem: Wachstumsdogma contra friedliche Entwicklung, Renate Bauer: Religionen: Vorwand oder Ursache von Konflikten? Der Beitrag der Humanisten, Ulrich Finckh: Was wird nach dem Ende der Wehrpflicht?, Dr. Claudia Bischlager: Ziviler Friedensdienst: Konfliktbewältigung ohne Gewalt, Dr. Till Bastian: Weltbürgertum in der Warmzeit - eine Chance, neue Kriege zu vermeiden

44 S., kart., ISBN 978-3-933037-89-3, € 5,50

Erhältlich im Buchhandel oder bei www.lenz-verlag.de



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de